

Energie-Control Austria
Regulierungskommission
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

per E-Mail: gsnevo@e-control.at

Klagenfurt am Wörthersee, 22.11.2012

**Entwurf der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung-Novelle 2013
Stellungnahme der Energie-Klagenfurt GmbH**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst dürfen wir Ihnen mitteilen, dass wir in oben angeführter Angelegenheit von der Energie Klagenfurt GmbH (EKG) beauftragt worden sind die folgende Stellungnahme zum Entwurf der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung-Novelle 2013 zu übermitteln.

Die EKG äußert sich innerhalb offener Begutachtungsfrist zum vorliegenden Entwurf wie folgt:


Zu § 15 Entgelt für Messleistungen

Beim Entgelt für Messleistungen werden – im Vergleich zur bisherigen GSNT-VO 2008 Höchstpreise für neue Messdienstleistungen festgelegt (Onlinemessung sowie Errichtung oder Demontage von Onlinemessungen). Dazu wird in den Erläuterungen jedoch nur festgestellt, dass *„für die Errichtung und den Betrieb von Onlinemessungen für in die Tagesbilanzierung optierenden Netzbenutzer ebenfalls ein Entgelt festgelegt wurde“*. Wir erachten die Höhe dieses Preises angesichts der tatsächlichen Kosten, die die Einrichtung und der Betrieb einer Onlinemessung nach sich ziehen (permanente Übertragungseinrichtung vor Ort, laufende GSM-Kosten, Serverkosten, Softwarekosten etc) als viel zu gering angesetzt.

Weiters ist zu bemerken, dass die Höchstpreise für die sonstigen Zähler seit zumindest fünf Jahren – abgesehen vom nunmehr in die Höchstpreise aufgenommenen Entgelt für die jährliche Ablesung – praktisch unverändert geblieben sind. Aus den Erläuterungen lassen sich jedoch konkrete Gründe für die undifferenzierte und die allgemeine Preisentwicklung völlig außer Acht lassende Fortschreibung der Höhe dieser Preise nicht ableiten.

Bei der Festsetzung der Preise mittels generellen Verwaltungsaktes ist jedoch auf die Einhaltung der Verfahrensvorschriften zur Gewinnung einer ausreichenden Entscheidungsgrundlage besonderer Wert zu legen. Der Behörde ist sicherlich bekannt, dass das vom VfGH in ständiger Judikatur angesprochene Element der „Legitimation durch Verfahren“ (vgl nur VfSlg 10.313/1984) vor allem im Preisbestimmungsverfahren von besonderer Bedeutung ist.

Für das Netznutzungsentgelt ist die Ermittlung der dafür entscheidenden Grundlage aus dem davor durchgeführten Kostenfeststellungsverfahren ersichtlich. Im Gegensatz dazu lässt sich hinsichtlich der angesprochenen Höchtpreise für Messleitungen aus den Erläuterungen zur



vorliegenden Verordnung (oder sonstigen behördlichen Informationen) jedoch nicht erkennen, wie die Behörde die Grundlage für ihre Entscheidung ermittelt hat.

Es wird auf keinerlei Berechnungen und Kostenaufstellungen Bezug genommen, die einen Schluss darauf zulassen, dass ein den gesetzlichen Vorgaben entsprechender (Höchst-)Preis bestimmt wurde. Aufgrund dieses Mangels ist es den im Begutachtungsverfahren eingeschalteten Marktteilnehmern auch nicht möglich nachzuvollziehen, wie die Behörde auf die im Entwurf festgelegten Höchstpreise gekommen ist. Die Preisfestlegung ist daher in dieser Hinsicht als rechtswidrig anzusehen. Wir ersuchen daher dringend die dafür notwendigen Ermittlungsschritte durchzuführen bzw. offenzulegen und uns danach Gelegenheit zu geben dazu Stellung zu nehmen.

Zu § 18 Bestimmung von Entgelten für sonstige Leistungen

Auch hinsichtlich der hier neu festgelegten Entgelte für sonstige Leistungen ist zu sagen, dass diese nicht im Einklang mit den tatsächlich damit verbundenen Aufwendungen stehen. Es ist aus den Erläuterungen auch nicht erkennbar, wie die Behörde auf die Höhe dieser Entgelte gekommen ist. Der lapidare Hinweis, dass *„die Höhe sich an den von den Netzbetreibern bisher verrechneten Entgelten orientiert, wobei insb. auf die soziale Verträglichkeit Bedacht genommen wurde“*, kann keinesfalls als ausreichende Entscheidungsgrundlage gewertet werden. Jedenfalls ist dies in einem Begutachtungsverfahren nicht überprüfbar. Die auf diese Art festgelegten Entgelte sind daher ebenfalls aus den bereits in den Anmerkungen zu § 15 genannten Gründen rechtswidrig.

In den Erläuterungen zu § 18 findet sich auch folgende Anmerkung: *„Im Rahmen einer integrierten Rechnungslegung für Energie und Netz wird im Regelfall der Lieferant anstelle des Netzbetreibers das qualifizierte Mahnverfahren durchführen. Die Regulierungskommission geht in diesem Fall davon aus, dass dabei die in dieser Verordnung für den Netzbetreiber festgelegten Mahnspesen nicht überschritten werden.“*

Obwohl dieser Ausführung keine normative Bedeutung zukommt ist anzumerken, dass eine solche Vorgehensweise mit den gesetzlichen Vorgaben nicht in Einklang zu bringen ist. Wir erachten sie daher als unbeachtlich.

Mit anderen Worten bedeutet diese Anmerkung wohl: Wenn ein Kunde die ihm gestellte Rechnung für Netzdienstleistung und Lieferung nicht bezahlt und für die Entrichtung beider offenen Entgelte gemahnt werden muss, so sollten ihm nur die in der GSNE-VO vorgesehenen Mahnentgelte verrechnet werden dürfen.

Dies würde zur Folge haben, dass auch der Lieferbereich an diese Vorgaben gebunden wäre, die sich jedoch ausschließlich an den Netzbetreiber richten (können). Für eine solche Regelung besitzt die Regulierungskommission allerdings keine Kompetenz. Die in den Erläuterungen angeführte Vorgehensweise ist daher allenfalls ein Wunsch des Ordnungsgebers, welcher weder im Gesetz noch im Verordnungstext seinen Niederschlag findet. Er ist demnach auch nicht zu beachten. Es ist vielmehr so, dass es dem Lieferanten (bzw. dem integrierten Unternehmen) frei steht für seine Mahnungen, die die Lieferung betreffen, gesonderte Mahnspesen zu verlangen. Dies gilt auch dann, wenn die Mahnung gemeinsam mit offenen Forderungen aus dem Netzbereich erfolgt. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die Höhe der Mahnspesen mit den Kunden auch rechtsgültig vereinbart wird.

Die gesonderte Behandlung der Verrechnung von Lieferung und Netzdienstleistung erscheint schließlich aus Gründen der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung und getrennten Buchführung sogar geboten. Ein integriertes Unternehmen würde Kunden, die sowohl an sein Netz angeschlossen sind als auch von ihm mit Energie beliefert werden, bevorzugen, wenn diesen – im Widerspruch zu den vereinbarten Liefer-AGB – keine Mahnspesen (so ist es zumindest bei der ersten Mahnung für Netzbetreiber vorgesehen) verrechnet werden würden. Diese Kunden würden gegenüber jenen bevorzugt werden, die nur an das Netz des integrierten Unternehmens angeschlossen sind und von anderen Lieferanten beliefert werden und ihren Kunden im Fall einer Mahnung sehr wohl Spesen dafür verrechnen.

Wir ersuchen daher diese Anmerkung aus den angeführten Gründen aus den Erläuterungen zu streichen.

Im Übrigen schließen wir uns der vom Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen vorgelegten Stellungnahme voll inhaltlich an und ersuchen um Berücksichtigung der von uns zum Ausdruck gebrachten Bedenken.

